

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Montag, 20.09.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:32 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Swieter, Benjamin

CDU-Fraktion
Buischer, Herbert
Hegewald, Reinhard

FDP-Fraktion
Ammersken, Heino
Bolinius, Erich

für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Eilert, Sabine
Kalvelage, Arthur
Lemke, Olaf
Lorenz, Gerhard
Schenk, Marion
Tjaden, Jan-Henning

für Dr. Josef Kaufhold

Verwaltungsvorstand
Brinkmann, Alwin
Docter, Andreas
Lutz, Martin

Oberbürgermeister
Stadtbaurat
Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Lier, Robert
Baumann, Albert

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Schulausschusses

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Eilers, Hillgriet

Götze, Horst

Schild, Walter

Stolz, Wulf-Dieter

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder gem. § 28 NGO

Frau E. Meyer nimmt die Verpflichtung der stimmberechtigten sonstigen Mitglieder Sabine Eilert und Olaf Lemke gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 02.09.2010

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 02.09.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Schulentwicklungsplanung der Stadt Emden
Vorlage: 15/1722

Herr Brinkmann erklärt, bei der Schulpolitik müsse man auf der einen Seite die Problematik der demografischen Entwicklung berücksichtigen und auf der anderen Seite die Ausrichtung in der niedersächsischen Schulpolitik, die letztendlich zu Lasten der Kinder gehen würde. Über 50 Jahre sei in der Kommune eine Schullandschaft aufgebaut worden und nunmehr müsse man sich zum dritten Mal mit dem Thema Schule in einer relativ kurzen Zeit beschäftigen. Beim letzten Mal habe die Verwaltung dem Rat einen Schulentwicklungsplan und das Konzept der Stadtteilschulen vorgelegt. Gleichwohl sei bekannt, dass in Niedersachsen die IGS eine immer größere undogmatische Rolle spiele. Unter Fachleuten führe dieses durchaus zu Kritik, da ein Teil der Pädagogen sie als die richtige Schulform bezeichnen würden, während der andere Teil sie ablehne, da es ein ausreichendes Schulsystem geben würde. Dennoch habe der Rat mit einer großen Mehrheit beschlossen, in Emden eine IGS einzuführen. Auch die Eltern hätten diese Schule angenommen, doch von rund 200 Anmeldungen konnten nur 150 Kinder aufgenommen werden, sodass rund 50 Kinder nicht an der IGS beschult werden könnten. Selbst das Argument, dass Borssum nicht innenstadtnah liegen würde, habe nicht gezogen. Auf der anderen Seite sei die Einrichtung der IGS auch mit Konsequenzen verbunden, die die Verwaltung heute vortragen wolle, damit der Rat dann die Weichen stellen könne.

Herr Brinkmann führt weiter aus, für die Verwaltung hätten drei Dinge eine Rolle gespielt. Zum einen sei es im Niedersächsischen Schulgesetz festgeschrieben, dass es einen freien Elternwillen geben würde, der auch beachtet werden müsste. Zwar sei dieses mit der Einführung der IGS getan worden, doch 50 Eltern haben nicht frei entscheiden können, da ihre Kinder von der IGS abgelehnt werden mussten. Weiterhin müsse man darüber nachdenken, ob diese Nachfrage nach dem Bedürfnis, eine IGS besuchen zu können, den pädagogischen Ansatz in Einklang bringe, mit dem, was auch für die Verwaltung wichtig sei. Wenn die Verwaltung ihre Aufgaben anständig machen wolle, komme sie nicht daran vorbei, auch den Einsatz der Finanzen zu beachten. Andererseits müsse sie auch die Ressourcen, die in den Schulen in Form von Unterrichtsräumen und Ausstattungen vorhanden seien, berücksichtigen. Danach könne eine Schulentwicklung eingeleitet werden, die auf dem Beschluss des Rates basiere und nunmehr fortgeschrieben werden müsse.

Herr Brinkmann erläutert, die Verwaltung habe das vorhandene Datenmaterial genauer betrachtet und dabei festgestellt, dass es eine andere Basis bekommen habe, als es noch vor dem Beschluss, eine IGS einzurichten, gehabt habe. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung und aufgrund des Ratsbeschlusses sei untersucht worden, wie die Entwicklung an den einzelnen Schulstandorten sei. In die Grundschule Cirksenaschule würden demnächst die Grundschule Nesserland und auch die Emsschule aufgehen. Weiter sei festgestellt worden, dass eine leerstehende Wallschule vorhanden sei und an anderen Schulen Klassenräume freistehen würden.

Anhand des vorhandenen Datenmaterials müssten nunmehr Beschlüsse gefasst und Ergebnisse erzielt werden. Die Verwaltung werde dem Rat vorschlagen, eine veränderte Schullandschaft herbeizuführen, die nach wie vor aus Grundschulen, einer einzügigen Hauptschule, zwei zweizügigen Realschulen, einem Gymnasium mit einer Sekundarstufe II, einem Gymnasium mit einer Sekundarstufe I und einer IGS bestehen werde. Diese IGS werde nach der Auswertung des Datenmaterials entweder achtzügig an zwei Standorten oder an einem Standort bestehen.

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Schulausschusses

Allerdings könne er sich einen Standort mit mehr als 1.000 Kindern nicht vorstellen, da dieses eine schulpsychologische Katastrophe wäre.

Herr Brinkmann stellt fest, für die jetzt an dem Standort Osterburgschule eingeschulten Kinder müsse in diesem Jahr eine Entscheidung getroffen werden, damit auch ab dem Schuljahr 2014/2015 genügend Klassenräume zur Verfügung stehen würden. Haushaltsmittel seien hierfür bereits genehmigt und im Nachtragshaushalt eingestellt worden. Jetzt komme es darauf an, wie man das vorhandene Datenmaterial umsetzen wolle. Er betont, nachdem bereits mehr als 25 Mio. € in das Schulsystem verbaut worden seien, rede man ein weiteres Mal über Auswirkungen zwischen 10 und 13 Mio. €. Zudem sei bekannt, dass ein Haushalt auf die Stadt Emden zukomme, der in den nächsten Jahren aus 25 bis 50 Mio. € Kassenkrediten bestritten werden müsse.

Abschließend bittet er Herrn Buß, das Datenmaterial nunmehr in komprimierter Form darzulegen. Herr Brinkmann weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass jedes Kind, welches sich für eine Schulform entschieden habe, diese auch dort zu Ende bringen werde. Man rede hier nicht über eine sofortige Schließung, sondern über ein Herauswachsen aus der Schule.

Herr Buß stellt dann anhand einer PowerPoint-Präsentation die Schulentwicklungsplanung 2011 vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Baumann erläutert anschließend die finanzielle Seite der Schulentwicklungsplanung.

Herr Brinkmann ergänzt, alle diese Kinder seien bereits geboren und es sei bekannt, wann sie die Grundschule verlassen und in die weiterführenden Schulen wechseln würden. Weiter bemerkt Herr Brinkmann, es sei falsch zu glauben, dass diese Investitionen nicht entstanden wären, wenn die IGS in das GAT hineingewachsen wäre. Knapp 200 Eltern hätten sich für die IGS entschieden. Natürlich könnte man die hier vorgetragenen Zahlen anzweifeln, doch auch bei der letzten Vorstellung habe sich bewahrheitet, dass diese richtig gewesen seien. Auch ein Abgleich mit Schulen in anderen Städten zeige, wie viele Schüler dort aus einer IGS mit einer Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II gehen würden. Bezüglich der Infrastrukturmaßnahmen führt Herr Brinkmann aus, neben dem Bereich Agterum würden zu Stoßzeiten die größten Verkehrsprobleme im Bereich der BBS I und II und des JAG's entstehen.

Weiter führt er aus, wenn man alles zusammenfasse, müsse zumindest im nächsten Monat eine Entscheidung unabhängig von der Errichtung eines Erweiterungsbaus für die IGS getroffen werden. Abschließend stellt Herr Brinkmann fest, der Rat werde sich in dieser Zeit nicht mehr erlauben können, als das, was hier vorgestellt worden sei. Alles andere gehe nicht nur zu Lasten des nächsten, sondern auch noch des übernächsten Rates. Denn nicht nur das Geld für die Investitionen müsse zurückgezahlt werden, sondern es müssten auch noch die Abschreibungen erwirtschaftet werden.

Frau E. Meyer bedankt sich bei den Herren Brinkmann, Buß und Baumann für die Vorträge und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann erklärt, seine Fraktion habe sich mit den Details dieser soeben verteilten Tischvorlage noch nicht beschäftigen können. Aus diesem Grunde könne er heute nicht ausführlich dazu Stellung nehmen. Deshalb werde sicherlich eine Verweisung in die Fraktionen das heutige Ergebnis dieser Vorlage sein. Er bemerkt, seit zwei Jahren werde im Grunde genommen über Zahlen spekuliert. Daher sei es gut, wenn nunmehr in diesem Jahr die ersten konkreten Zahlen nach einer Schulentwicklungsveränderung und deren Auswirkungen von der Verwaltung vorgelegt würden.

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Bornemann betont, Richtschnur für die Entscheidung der SPD-Fraktion sei bisher der Elternwille gewesen und das werde auch in Zukunft so bleiben. Es sei festzustellen, dass bei allen geführten Diskussionen bezüglich der Anmeldezahlen eine Punktlandung bei der Vorhersage gemacht worden sei. Auch jetzt habe sich die Situation nicht verändert, da wiederum nicht bekannt sei, was die Landespolitik beschließe. An dieser Stelle sei man auf Spekulationen angewiesen und müsse die Entscheidungen abwarten. Er stellt fest, die SPD-Fraktion nehme die hier vorgelegten Zahlen und deren Auswirkungen sehr ernst. Sie werde auch mit den betroffenen Schulen in den Dialog treten und Gespräche führen, so wie es auch vor zwei Jahren gemacht worden sei. Seiner Meinung nach seien alle miteinander verpflichtet, sehr konkret auf die tatsächlich vorliegenden Zahlen und die zu erwartende Entwicklung einzugehen. Wenn man dem Elternwillen voll entsprechen wolle, habe dieses zusätzliche Auswirkungen auf die derzeitigen Schulstandorte. Die SPD-Fraktion werde unter diesen Gesichtspunkten und mit dieser Zielrichtung in den nächsten Monaten beraten und Gespräche führen.

Herr Bornemann bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Da auch die Prognosen in den vergangenen Jahren sehr gut gewesen seien, werde er sich in großen Teilen auf die nunmehr vorgelegten Zahlen verlassen und den weiteren im Rat vertretenden Fraktionen anbieten, zu einer möglichst einvernehmlichen Lösung zu kommen, um das Oberziel Schulfrieden in Emden und das Wohl aller Schülerinnen und Schüler sowie den Elternwillen im Auge zu halten.

Herr Bolinius bedankt sich insbesondere bei Herrn Buß für die Darstellung der Zahlen. Er sehe der Ausgabe von 12,8 Mio. € mit großer Skepsis entgegen und könne sich ein so großes Gebäude in Borssum nicht vorstellen. Er stellt fest, dass das Geld nicht vorhanden sei und Kassenkredite bereits in unvorstellbarer Höhe in Anspruch genommen werden mussten. Auch seine Fraktion werde mit den Schulleitern in Dialog treten und Kontakte aufnehmen und dann die Entscheidung der FDP-Fraktion mitteilen. Zwar sei seine Fraktion immer gegen eine IGS in Borssum gewesen. Doch nun müsse man damit leben und eingehend beraten, um zu einer einvernehmlichen Lösung im Sinne der Stadt Emden zu kommen.

Herr Renken stellt fest, der fehlende Mut zu einer Entscheidung bei den letzten Beratungen hole die SPD-Fraktion jetzt wieder ein. Jetzt müsse das Ganze noch einmal durchlaufen werden, um eine Entscheidung treffen zu können, die wirklich den Interessen der Entwicklung der Schullandschaft auch entsprechen würde. Es handele sich um ein großes Projekt, welches auch sehr konfliktbeladen sei. Er begrüße es, dass die Verwaltung das Thema wieder in dieser Form auf die Tagesordnung gesetzt habe. Weiter führt er aus, die von Herrn Brinkmann genannten Ziele, dem Elternwillen Geltung zu verschaffen und die Ressourcen soweit wie möglich auch zu nutzen und das Ganze finanzierbar zu halten, würden von seiner Fraktion unterstützt. Ob sie jedoch im Einzelnen so umgesetzt werden könnten, sei eine andere Frage. Auch seine Fraktion werden sich in den nächsten Wochen noch einmal intensiv mit den Betroffenen beraten müssen. Keiner hätte zudem erwartet, dass das Thema IGS von einer solchen Breite der Bevölkerung akzeptiert würde, sodass man sich wieder damit auseinandersetzen müsse, um diese Plätze im Sinne des Elternwillens schaffen zu können. Dieses müsse das oberste Ziel sein, da es ein großes Bedürfnis nach dieser Schulform geben würde. Es sei die Pflicht des Rates als gewählte Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger diesem Bedürfnis nachzukommen.

Weiter führt Herr Renken aus, seiner Meinung nach würden sich in Zukunft die Zahlen so verteilen, dass 40 % der Schüler das Gymnasium, 40 % die IGS und 20 % die Real- und Hauptschule besuchen würden. Die Realschule und die Hauptschule würden dann möglicherweise als eine neue kooperative Schulform verschmelzen. Seines Erachtens müsse man von dieser Grundlage bei allen Schulentwicklungsplanungen ausgehen.

Abschließend stellt Herr Renken fest, seine Fraktion werde sich mit dem Schulentwicklungsplan intensiv auseinandersetzen und insbesondere auch mit der Realschule und dem GAT ausei-

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Schulausschusses

nersetzen. Seiner Ansicht nach müsse man auch Überzeugungskraft besitzen, um die Dinge im Interesse aller zu einem guten Ende zu bringen.

Herr Bornemann bemerkt, wenn keine befriedigende Lösung gefunden werde, dann bleibe nur die große Lösung. Der Rat stehe in der Verpflichtung und sei es den Kindern und den Eltern schuldig, die sich für die IGS in Borssum entschieden hätten. Ansonsten würden man das, was sich alle erhoffen, mit Füßen treten. Aus diesem Grund müsse man eine konsequente Lösung herbeiführen.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Renken, erklärt Herr Bornemann, die SPD-Fraktion sei nach wie vor davon überzeugt, dass niemand vor zwei Jahren aufgrund der Zahlen, die doch sehr umstritten gewesen seien, eine Entscheidung über zwei Integrierte Gesamtschulen getroffen hätte. Er halte Borssum weiterhin für einen guten Standort, daher sei die damalige Entscheidung richtig gewesen und ob er weiter ergänzt werden könne, müsse abgewartet werden. Seine Fraktion werde sich der Diskussion stellen und im Hinblick auf die ungenutzten Raumkapazitäten zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Herr Buisker ist der Ansicht, dass diese Situation bereits seit Mitte letzten Jahres bekannt gewesen sei. Es müsse seiner Meinung nach keiner so tun, als seien die Anmeldezahlen erstaunlich hoch gewesen. Auch sei bekannt gewesen, dass die IGS viel Geld kosten werde. Dennoch sei die Entscheidung mit deutlicher Mehrheit der SPD-Fraktion gefallen. Aber jetzt zu sagen, alle müssten nunmehr an einem Strang ziehen, und dieses Szenario, was gerade vorgestellt worden sei, mit großer Mehrheit zu beschließen, sei seines Erachtens hart. Herr Buisker erinnert an die damaligen Versprechungen der SPD-Fraktion, dass die Realschule, das GAT und das JAG nicht angefasst würden und die IGS eine Sekundarstufe II bekäme. Abschließend stellt er fest, alle Fraktionen müssten sich bemühen, hier eine Lösung hinzubekommen.

Auf die Frage von **Herrn Stolz**, ob bei dem großen Projekt in Borssum auch die Beträge für Sporthallen und Sportplätze einbezogen seien, entgegnet **Herr Baumann**, diese Beträge seien noch nicht enthalten.

Frau Eilers bemerkt, um der IGS einen guten Start zu ermöglichen, sei der Anteil der Schüler mit Gymnasialempfehlung auf etwa 15 % gesenkt worden. Sie fragt an, ob davon ausgegangen werden könne, dass dieses auch in den nächsten Jahren möglich sei.

Herr Sprengelmeyer antwortet, es sei nicht gesetzlich vorgeschrieben, dass 30 % Gymnasiasen aufzunehmen seien. Dieses könne natürlich angepasst werden.

Herr Brinkmann bittet darum, den Beschluss zur Einrichtung eines Erweiterungsbaus für die IGS so schnell wie möglich zu fassen und unabhängig von dem Beschluss zur Schulentwicklungsplanung zu sehen. Nur so können die Planung in Gang gesetzt und Ausschreibungen getätigt werden.

Frau E. Meyer stellt fest, es sei der Antrag gestellt worden, diese Beschlussvorlage in die Fraktionen zu verweisen.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 7 Errichtung eines Erweiterungsbaus für die IGS Emden
Vorlage: 15/1723

Frau E. Meyer stellt fest, über diese Beschlussvorlage sei bereits unter dem TOP 6 ausführlich diskutiert worden. Auch diese Vorlage werde in die Fraktionen verwiesen.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Anmeldungen an den weiterführenden Schulen
Vorlage: 15/1630

Herr Buß erklärt, er habe gerade in seinem Vortrag die neuesten Anmeldezahlen der fünften Jahrgänge genannt. Die in der Vorlage 15/1630 aufgeführten Zahlen seien nicht mehr ganz aktuell. Die allerneuesten Zahlen seien in der Präsentation zu finden, die er umgehend im Rats- und Bürgerinformationssystem bereitstellen werde, sodass alle Interessierten darauf Zugriff hätten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Schulentwicklungsplan;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.07.2010
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2010
Vorlage: 15/1719

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Ausbau der Buchenstraße

Herr Buischer erklärt, er habe sich bei der letzten Schulausschuss-Sitzung erkundigt, ob die Verwaltung bei dem Ausbau der Buchenstraße einbezogen gewesen sei. Diese Frage habe Herr Buß verneint, er wollte sich jedoch erkundigen. Er bittet nunmehr um Auskunft, was hierbei herausgekommen sei.

Niederschrift Nr. 23 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Buß führt aus, die Frage lautete bei der letzten Sitzung, ob der Fachdienst Schule und Sport eingebunden gewesen sei. Er habe sich mit dem Gebäudemanagement in Verbindung gesetzt, welches die Aufgaben und Interessen des Gebäudeeigentümers wahrnehme und auch in die Planungen eingebunden gewesen sei. Somit würden die Interessen der Schulen berücksichtigt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.